

Entgegen dem Trend: Gute Geschäftslage bei den Dienstleistern

Die Stimmung in der bayerischen Wirtschaft bleibt zum Jahresbeginn 2024 auf niedrigem Niveau. Einzig die Dienstleistungsbranche kann sich absetzen: 42 % der Dienstleistungsunternehmen bezeichnen ihre Geschäftslage als „gut“, 47 % als „befriedigend“ und nur 11 % als „schlecht“. Der Saldo aus guten und schlechten Lageurteilen liegt damit bei 31 Punkten und befindet sich 15 Zähler oberhalb des Saldos aller Branchen. Das ist der größte Abstand seit der Finanzkrise 2008/2009.

Innerhalb der Dienstleistungsbranche zeigen sich jedoch Unterschiede. Überdurchschnittlich gut bewerten die Beratungs- und IT-Dienstleister ihre Lage. Die Rechts- und Steuerberater sowie Wirtschaftsprüfer treten dabei besonders positiv hervor. Die personenbezogenen Dienstleistungen wie Gesundheit, Soziales, Kunst und Kultur kommen dagegen nach der Corona-Pandemie nur langsam wieder auf die Beine. Verkehr und Lagerei spüren die schwächere Industrieproduktion und sind innerhalb der Dienstleistungsbranche am wenigsten zufrieden. Auch die Beschäftigungspläne zeigen ein ähnliches Bild.

Die gute Lage bei den Beratungs- und IT-Dienstleistern könnte auf tiefgreifende strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft zurückzuführen sein. Unternehmen greifen oftmals auf externe Unterstützung und Beratung zu, um sich für die Zukunft aufzustellen, neue Geschäftsfelder zu identifizieren, Sanierungskonzepte ausarbeiten zu lassen oder Digitalisierungsprojekte umzusetzen. Darüber hinaus sind insbesondere kleine und mittelgroße Unternehmen (KMUs) oftmals auf Beratung zur Bewältigung staatlicher Regulatorik angewiesen. Nach einer Erhebung des Instituts für Mittelstandsforschung ist mehr als jedes dritte Kleinunternehmen nicht sicher, ob es alle bürokratischen Erfordernisse erfüllt.

Die vergleichsweise gute Lage der Beratungsunternehmen könnte auch Ausdruck von Überforderung der KMUs aufgrund der staatlichen Regulatorik sein. Hierauf deutet auch die Auswertung der Risikobefragung im Rahmen der BIHK-Konjunkturumfrage hin: „Bürokratie“ ist der mit Abstand meistgenannte Begriff in Bezug auf die Konkretisierung des Risikos

„Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen“. Berichts-, Nachweis- und Dokumentationspflichten, ESG-Normen und eine unübersichtliche Subventionslandschaft überfordern den Mittelstand zunehmend.

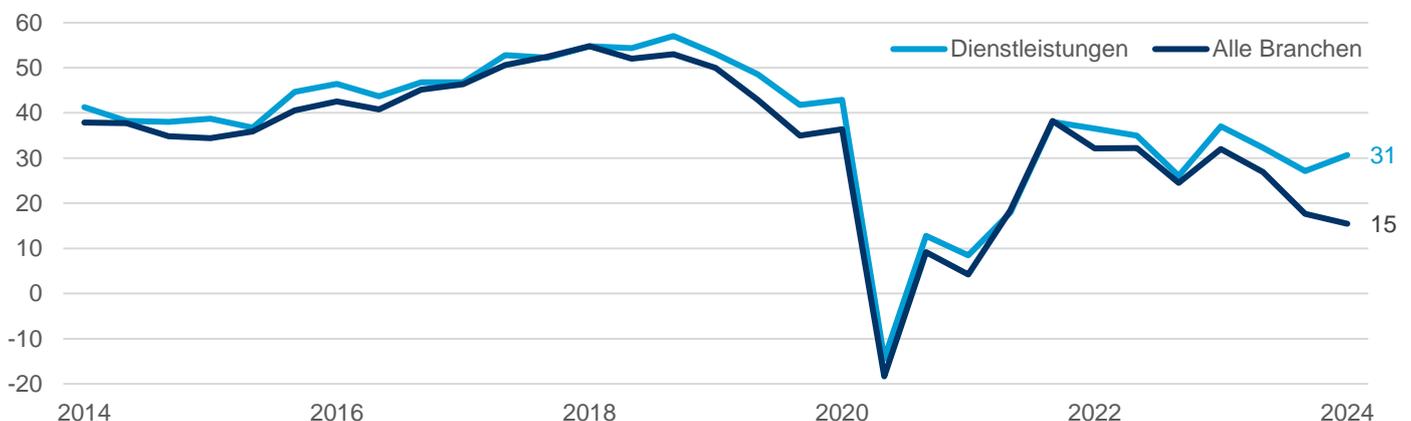
Die staatliche Bürokratie muss zurückgefahren werden, um sowohl bei KMUs als auch bei Beratungsunternehmen Kapazitäten für das Kerngeschäft sowie die Entwicklung innovativer Geschäftsfelder sicherzustellen. Folgende Politikmaßnahmen sind essenziell:

- Kleinteilige Regulierungsversuche unterlassen, marktwirtschaftliche Instrumente vorziehen
- Berichts-, Nachweis- und Dokumentationspflichten auf ein Mindestmaß reduzieren
- Verwaltungsleistungen für Unternehmen konsequent und standardisiert digital umsetzen

Hinweis: Die Umfrage lief vom 08.01.2024 bis 18.01.2024.

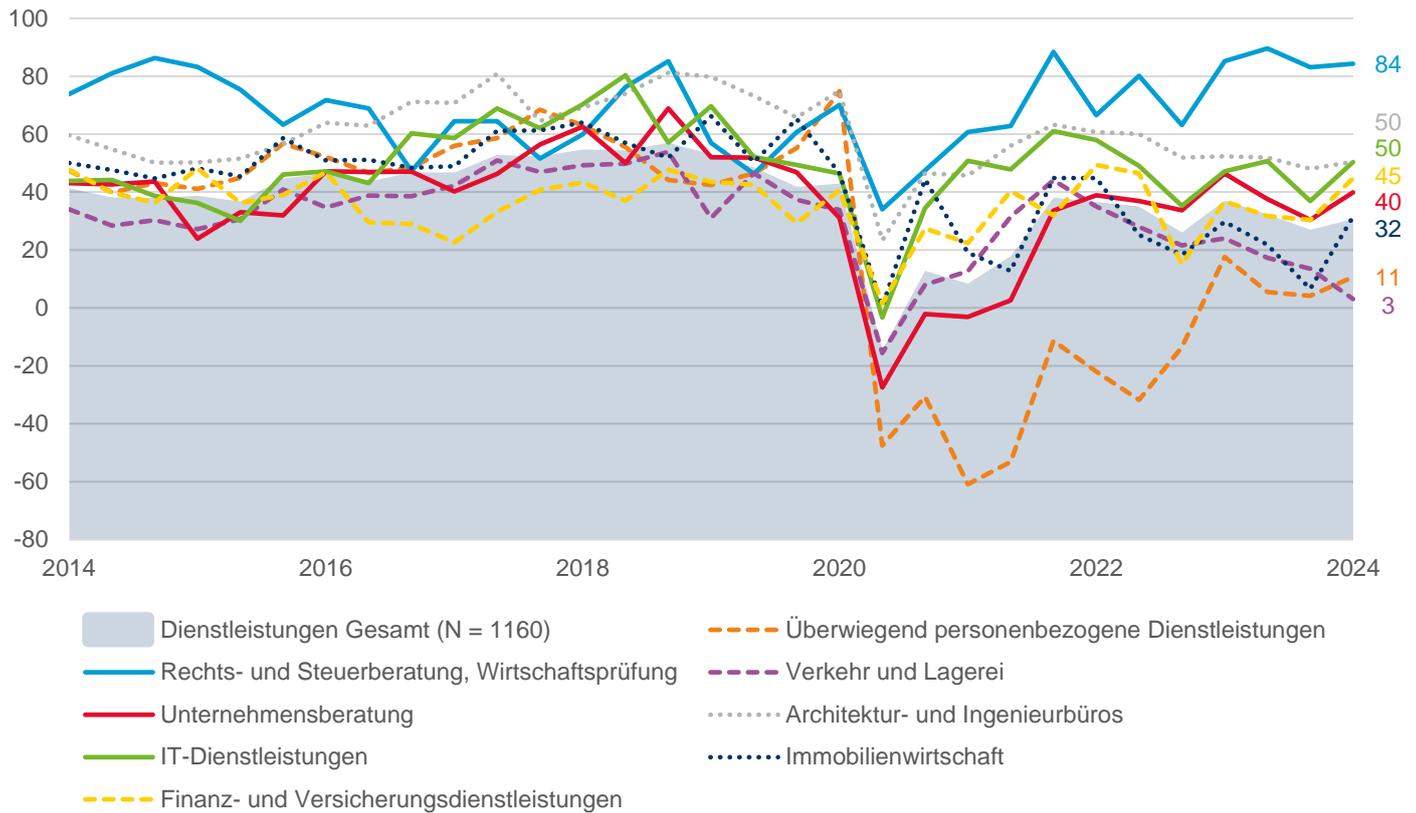
Geschäftslage: Dienstleistungsbranche setzt sich von gesamtwirtschaftlichem Negativtrend ab

Saldo der Anteile guter und schlechter Lageurteile



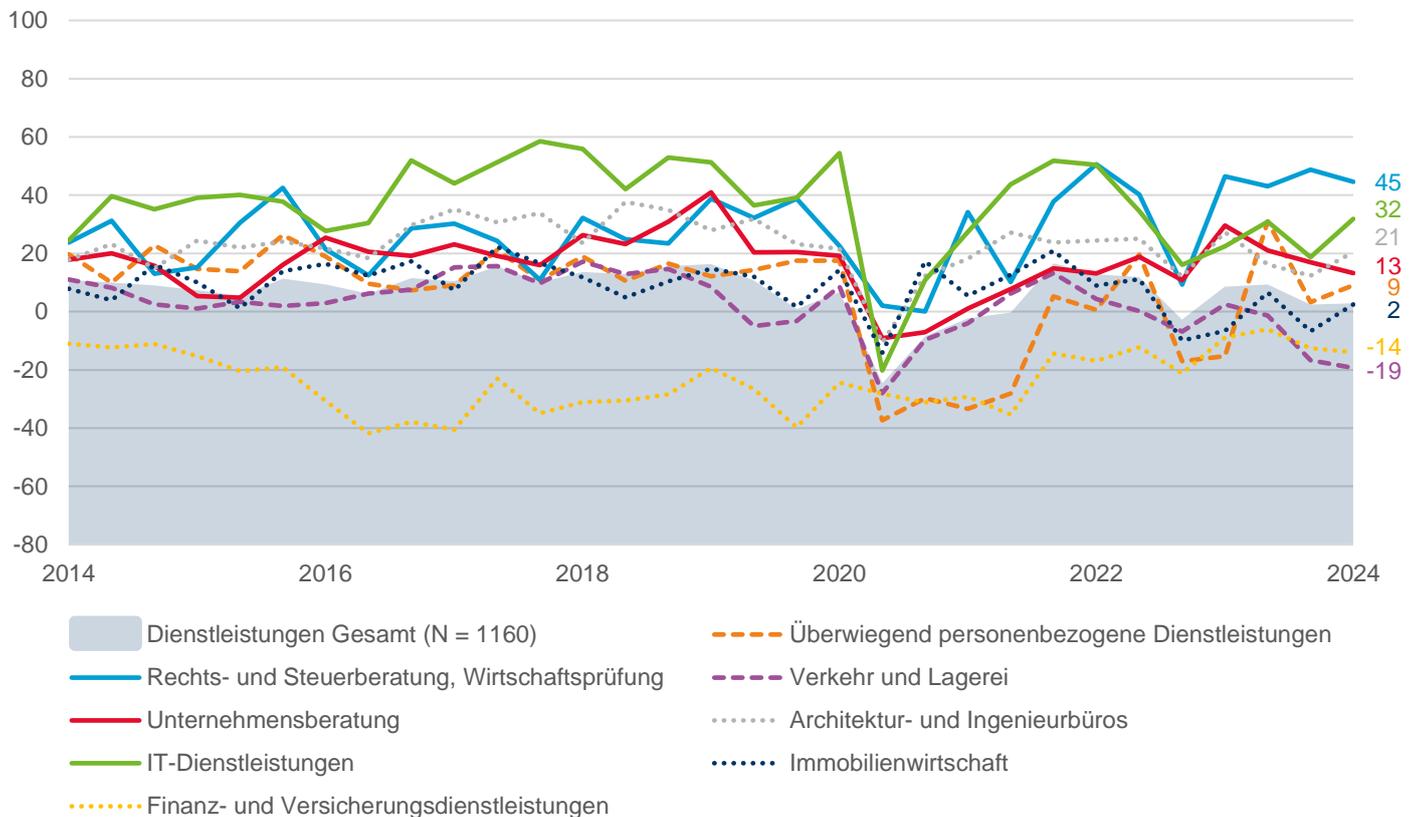
Geschäftslage: Große Unterschiede innerhalb der Dienstleistungsbranche

Saldo der Anteile guter und schlechter Lageurteile bei ausgewählten Dienstleistungsbereichen



Beschäftigungspläne: Beratungs- und IT-Unternehmen im Stellenaufbau

Saldo der Anteile aus mehr und weniger Beschäftigten in ausgewählten Dienstleistungsbereichen



Ausführliche Erläuterungen zu den Umfrageergebnissen finden Sie im Internet unter [ihk-muenchen.de/konjunktur](https://www.ihk-muenchen.de/konjunktur)

Weitere Informationen:

Yannik Hahn und Daniel Weinberger
 IHK für München und Oberbayern
 ☎ 089 5116 0
 @ Konjunktur@muenchen.ihk.de